Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8916**

17. Wahlperiode 07. 03. 2012

Antrag

der Abgeordneten Annette Groth, Katrin Werner, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Beschluss, wonach die Todesstrafe das elementarste Menschenrecht, das Recht auf Leben, negiert und bittet alle Parlamente und Regierungen, sich aktiv für die endgültige Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.
2. Der Deutsche Bundestag hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Mumia Abu-Jamal nach fast 30 Jahren in der Todeszelle in den „normalen“ Haftvollzug verlegt wurde. Mumia Abu-Jamal ist weltweit zum Sinnbild für den Kampf gegen die Todesstrafe geworden. Jetzt hat Mumia Abu-Jamal die Möglichkeit, seine Unschuld zu beweisen, ohne mit einer Hinrichtung rechnen zu müssen.
3. Der Deutsche Bundestag dankt der weltweiten Solidaritätsbewegung, bei der sich Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen für das Leben von Mumia Abu-Jamal eingesetzt haben. Ohne diesen weltweiten Einsatz wäre das Leben von Mumia Abu-Jamal nicht gerettet worden.
4. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, dass es auch der solidarische Einsatz der Städte und Gemeinden war, die durch ihre Forderungen und Resolutionen Druck auf den Staat Pennsylvania ausgeübt haben und damit dazu beigetragen haben, das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten. Besonders dankt der Deutsche Bundestag der Bremischen Bürgerschaft, die mit ihrem Dringlichkeitsantrag „Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung“ und ihrer Solidarität mit der bundesweiten Kampagne zur Abwendung der Vollstreckung des Todesurteils an Mumia Abu-Jamal ein wichtiges Signal in Deutschland ausgesandt hat.
5. Der Deutsche Bundestag nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Stadt Paris Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger ernannt hat und ermuntert die Gebietskörperschaften in Deutschland, über eine solche Ehrung nachzudenken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die weltweite Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe gegenüber allen Regierungen und Staaten, die diese barbarische Form der Bestrafung weiterhin praktizieren, einzufordern;
2. sich nachdrücklich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) für die Freilassung des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal einzusetzen;
3. den USA anzubieten, Mumia Abu-Jamal in Deutschland Aufnahme zu gewähren;
4. sich in Gesprächen mit Mitgliedern der US-amerikanischen Regierung aktiv für eine menschenrechtskonforme Reform des Strafprozessrechts und des Strafvollzugs in den USA einzusetzen;
5. in Gesprächen mit Mitgliedern der US-amerikanischen Regierung deutlich zu machen, dass die Verantwortlichen für rassistisch motivierte Urteile zur Rechenschaft gezogen werden müssen;
6. sich in Gesprächen auf bilateraler Ebene und im Rahmen der Europäischen Union gegenüber den USA weiterhin für ein umgehendes Moratorium der Hinrichtungen in allen US-Bundestaaten als ersten Schritt zur Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Berlin, den 7. März 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333